

„Nachteile sind größer als die Vorteile“

Westumgehung: Planungsausschuß informierte sich über die Umweltverträglichkeitsstudie

Der Bau einer Westumgehung würde aus ökologischer Sicht zwar einige Vorteile, aber noch viel mehr Nachteile mit sich bringen. Das ist das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsstudie, die am Donnerstagabend dem Planungsausschuß vorgestellt wurde. Gutachter Martin Sprötge von der Planungsgruppe Grün (Bremer) bezeichnete es als schwerwiegendes Manko, daß die Westumgehung eine „Barriere zwischen Wohn- und Naherholungsgebieten“ bilden würde.

Die Westumgehung, eine geplante Verbindung zwischen der Natruiper Straße und der Rheiner Landstraße, ist seit Jahrzehnten in der Diskussion. Ihre Befürworter wohnen an der Mozartstraße, der Händel- und Glückstraße. Dort sucht sich jetzt der Durchgangsver-

kehr einen Weg. Doch andere Bewohner des Quartiers fürchten, daß Lärm und Gestank noch zunehmen werden, wenn die Straße gebaut wird.

Dieser Fragestellung widmete sich auch das Bremer Ingenieurbüro, indem es Vergleiche zwischen der „Null-Variante“ (dem jetzigen Zustand) und der „Neu-Variante“ (dem Bau der Straße) zog. Wenn es nur um das reine Wohnen ginge, so ermittelte die Planungsgruppe Grün, dann brächte die neue Trasse durchaus einige Verbesserungen. Lärmschutzwälle oder -wände würden den Geräuschpegel senken, ein Teil der Schadstoffe bleibe den Menschen erspart. In seinem Vortrag vor dem Planungsausschuß wies der Landschaftsplaner Martin Sprötge auf die geringen Abstände zwischen der Straße und

den Wohnungen hin. Deshalb könne – im Gegensatz zu 1970 – gar nicht mehr von einer „Umgehungsstraße“ gesprochen werden. Und wegen der Nähe fielen manche Vorteile weniger ins Gewicht als bei einer weit entfernten Umgehungsstraße.

Für Sprötge überwiegen eindeutig die ungünstigen Auswirkungen im Falle eines Neubaus. Das gelte für die Schadstoffanreicherung im Boden und im Grundwasser, zumal es sich um ein sehr durchlässiges Material handle. Schade sei es auch um einige Biotope, zu denen der Gutachter vor allem Auwaldbestände rechnete. Eine besonders ungünstige Bilanz sieht er beim Flächenverbrauch.

Als schwerwiegenden Verlust bezeichnete der Landschaftsplaner, daß mit der Westumgehung die Verbin-

dung zwischen Wohn- und Naherholungsgebieten unterbrochen werde. Für das Wohlbefinden der Menschen sei auch die Schönheit der Landschaft von großer Bedeutung, und die werde durch den Straßenbau beeinträchtigt. Sprötge erklärte in einem vertiefenden Gespräch nach der Sitzung, beim Grünzug Westerberg handle es sich um eine „einmalige Situation, doch davon bliebe nicht viel Positives“.

Vor dem Ausschuß zog der Gutachter das Resümee, die möglichen Vorteile einer Westumgehung seien „nicht so ausschlaggebend, daß man dafür die Nachteile in Kauf nehmen sollte“. Diese Worte griff der Naturschutzbeauftragte Professor Hartmut Peucker sogleich auf: Die Aussagen der Umweltverträglichkeitsprüfung seien ja „beruhigend eindeutig“, und deshalb

gelte es, jetzt „Abstand zu nehmen von diesem Projekt“.

Der Ausschuß kam überein, in den kommenden Monaten die interessierte Öffentlichkeit über die Untersuchungsergebnisse zu informieren. Auf dem Tisch liegen jetzt auch detaillierte Pläne aus dem Ingenieurbüro Kettler und Blankenagel, die über das Straßenprofil, die Böschungen, die Lärmschutzwände, die Fußgängerbrücken (an der Wilhelmstraße und am Edinghäuser Weg) und die Radwege Auskunft geben.

Auch eine aktuelle Kalkulation wird das Ingenieurbüro in den kommenden Monaten vorlegen. Bisher war die Westumgehung stets an den hohen Kosten gescheitert: Noch 1980 wurden für eine zweispurige Trasse 32 Millionen DM angesetzt, inzwischen gehen die Tiefbauer von 60 bis 70 Millionen DM aus.

Ausschnitt erhält:

- Oberbürgermeister
- Ratsfraktionen
- Oberstadtdirektor
- Dez.
- Amt